

Die Illusion der Freiheit: Von hart erkämpften Rechten zur Repression im Namen geopolitischer Loyalität

„Die Illusion der Freiheit wird so lange andauern, wie es profitabel ist, die Illusion aufrechtzuerhalten. An dem Punkt, an dem die Illusion zu teuer wird, um sie zu erhalten, werden sie einfach die Kulissen abbauen, die Vorhänge zurückziehen, die Tische und Stühle aus dem Weg räumen, und Sie werden die Ziegelmauer am hinteren Ende des Theaters sehen.“

Diese Worte, die dem ikonoklastischen Musiker und Gesellschaftskritiker Frank Zappa aus den späten 1970er Jahren zugeschrieben werden, fassen einen tiefgreifenden Zynismus hinsichtlich der Zerbrechlichkeit demokratischer Freiheiten zusammen. Zappas Metapher deutet darauf hin, dass die Attribute der Freiheit – Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und Protest – nicht inherent oder ewig sind, sondern performative Elemente, die von den Machthabern nur so lange aufrechterhalten werden, wie sie breiteren Interessen der Kontrolle, des Profits oder der Stabilität dienen. Wenn Dissens diese Grundlagen bedroht, bricht die Fassade zusammen und enthüllt autoritäre Mechanismen darunter. Im Kontext der anhaltenden Gaza-Krise und ihrer Auswirkungen auf westliche Demokratien wirkt Zappas Einsicht unheimlich vorausschauend. Dieser Essay untersucht, wie Menschenrechte, weit davon entfernt, wohlthätige Gaben aufgeklärter Staaten zu sein, durch Jahrhunderte brutaler Kämpfe geschmiedet wurden; wie westliche Nationen wie Deutschland, das Vereinigte Königreich, die USA, Frankreich, die Niederlande und Kanada diese Rechte zunehmend ausgesetzt oder aufgegeben haben, um pro-palästinensischen Aktivismus zu unterdrücken; wie diese innere Repression der Behandlung von Palästinensern im besetzten Westjordanland widerspiegelt; und schließlich, wie der Gaza-Konflikt die Priorisierung westlicher Regierungen und Medien enthüllt hat, eine unerschütterliche Unterstützung für Israel – verkörpert durch Deutschlands Doktrin der *Staatsräson* – über die grundlegenden Rechte ihrer eigenen Bürger zu stellen.

Die geschmiedeten Grundlagen: Eine Geschichte der Menschenrechte durch Kampf und Opfer

Menschenrechte, wie wir sie heute in westlichen Demokratien verstehen, sind keine abstrakten Ideale, die von großmütigen Herrschern verliehen wurden, sondern die narbenreichen Vermächtnisse unerbittlicher Kämpfe gegen Tyrannei, Ungleichheit und Unterdrückung. Ihre Entwicklung reicht Jahrtausende zurück, doch der moderne Rahmen entstand aus einem Geflecht philosophischer Erwachens, Revolutionen und basisdemokratischer Bewegungen, die Zugeständnisse von widerstrebenden Mächten erzwangen. Einer der frühesten oft zitierten Meilensteine ist der Kyros-Zylinder aus dem Jahr 539 v. Chr., ein anti-

kes persisches Artefakt, das mit Edikten zur Förderung religiöser Toleranz und der Abschaffung der Sklaverei in eroberten Gebieten beschriftet ist, obwohl seine Interpretation als „Menschenrechtscharta“ unter Historikern umstritten ist. Dieses Artefakt symbolisiert eine frühe Anerkennung, dass Rechte universell sein könnten, nicht bloße Privilegien für die Elite.

Im mittelalterlichen Europa markierte die Magna Carta von 1215 einen entscheidenden Konfrontation zwischen englischen Baronen und König Johann, die Prinzipien wie ordentliches Verfahren und Grenzen willkürlicher königlicher Macht etablierte – Prinzipien, die durch bewaffnete Rebellion und Verhandlungen errungen wurden, nicht durch königliche Gnade. Die Renaissance und die Aufklärung verstärkten diese Ideen, wobei Denker wie John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Voltaire natürliche Rechte auf Leben, Freiheit und Eigentum als der Menschheit inhärent formulierten und göttlich-rechtliche Monarchien herausforderten. Diese Philosophien befeuerten die Amerikanische Revolution (1775–1783) und die Französische Revolution (1789–1799), bei denen Kolonisten und Bürger gleichermaßen gegen koloniale Ausbeutung und Absolutismus aufstanden. Die Unabhängigkeitserklärung der USA (1776) proklamierte „unveräußerliche Rechte“, während die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte Frankreichs (1789) Gleichheit und Meinungsfreiheit verankerte – Dokumente, die aus Blutvergießen, Guillotinen und dem Sturz von Imperien geboren wurden.

Doch diese frühen Siege waren unvollständig und schlossen oft Frauen, versklavte Menschen und indigene Bevölkerungen aus. Das 19. Jahrhundert sah abolitionistische Bewegungen, wie den transatlantischen Kampf gegen die Sklaverei, angeführt von Figuren wie Frederick Douglass und Harriet Tubman in den USA, der im Bürgerkrieg (1861–1865) und dem 13. Zusatzartikel gipfelte. Suffragetten in Großbritannien und den USA ertrugen Verhaftungen, Zwangsernährungen und öffentliche Verachtung, um das Frauenwahlrecht durch Kampagnen wie die Seneca-Falls-Konvention (1848) und den Women's Suffrage Procession (1913) zu erlangen, was zum 19. Zusatzartikel (1920) in den USA und zum teilweisen Wahlrecht in Großbritannien (1918) führte. Das 20. Jahrhundert intensivierte diese Kämpfe inmitten globaler Kriege und Dekolonisierung. Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts führten zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR) 1948, die unter der Leitung von Eleanor Roosevelt bei den Vereinten Nationen entworfen wurde und Freiheiten wie Meinungs-, Versammlungs- und Schutz vor willkürlicher Verhaftung kodifizierte. Dies war keine von oben verordnete Gabe; sie spiegelte die antifaschistischen Widerstandsbewegungen in ganz Europa wider, bei denen Partisanen und Zivilisten die nationalsozialistische Besatzung unter immensen Opfern bekämpften.

Die Nachkriegszeit sah Bürgerrechtsbewegungen gegen systemischen Rassismus: Die gewaltfreien Kampagnen von Martin Luther King Jr. in den USA konfrontierten Polizeihunde, Wasserwerfer und Attentate und führten zum Civil Rights Act (1964) und Voting Rights Act (1965). In Europa erweiterten Streiks der Arbeiterbewegung, antikoloniale Aufstände in Algerien und Indien sowie Studentenrevolten wie die Mai-Proteste 1968 in Frankreich soziale und wirtschaftliche Rechte und beeinflussten den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966). In jüngerer Zeit wurden LGBTQ+-Rechte durch die Stonewall-Unruhen (1969) und AIDS-Aktivismus vorangetrieben, während indigene Bewegungen wie

die bei Standing Rock (2016) anhaltende Kämpfe gegen Umwelt- und Landrechtsverletzungen hervorheben. Durchgängig wurden diese Rechte nicht „gewährt“, sondern durch Opfer errungen – Streiks, Märsche, Boykotte und manchmal bewaffneten Widerstand –, was uns erinnert, dass Freiheiten Zugeständnisse der Macht sind, die widerrufbar sind, wenn sie unbequem werden.

Der Verfall der Rechte: Der Einschlag westlicher Demokratien gegen pro-palästinensischen Dissens

In einer scharfen Ironie haben genau die Nationen, die diese hart erkämpften Rechte propagieren, in den letzten Jahren diese Rechte faktisch ausgesetzt oder aufgegeben, um Kritik an israelischer Politik zu unterdrücken, insbesondere inmitten des Gaza-Konflikts, der seit Oktober 2023 eskaliert. Diese Repression, dokumentiert von Menschenrechtsorganisationen, äußert sich durch übermäßige Polizeigewalt, rechtliche Übergriffe und die Vermischung legitimen Protests mit Extremismus oder Antisemitismus und enthüllt, wie Freiheiten bedingt sind durch die Übereinstimmung mit staatlichen Interessen.

Deutschland verkörpert diesen Trend exemplarisch, wo Behörden pauschale Verbote pro-palästinensischer Demonstrationen verhängt haben, was zu gewaltsamen Einsätzen führte. Im Jahr 2025 verurteilten UN-Experten Deutschlands „anhaltendes Muster von Polizeigewalt und Unterdrückung“, unter Berufung auf willkürliche Verhaftungen, körperliche Übergriffe auf friedliche Demonstranten und die Kriminalisierung von Slogans wie „From the river to the sea“. Ein Berliner Gericht urteilte im November 2025, dass die Schließung einer pro-palästinensischen Konferenz im April rechtswidrig war, doch solche Eingriffe halten an, einschließlich Deportationen und Kürzungen von Fördermitteln für Solidaritätsgruppen. Die Linkspartei hat ein Ende dieser „Repression“ gefordert, was Amnesty International Warnungen vor autoritärem Kriechen widerspiegelt.

Das Vereinigte Königreich hat Antiterrorismus-Befugnisse unter Gesetzen wie dem Public Order Act (2023) erweitert, was zu über 9.700 Verhaftungen wegen „anstößiger“ Social-Media-Beiträge allein im Jahr 2024 führte, viele im Zusammenhang mit palästinensischer Advocacy. Proteste sehen sich Massenfestnahmen ausgesetzt, mit Hunderten Verhafteten bei pro-palästinensischen Märschen unter Anwendung von Terrorismusvorwürfen gegen Gruppen wie Palestine Action. Human Rights Watch und Big Brother Watch verurteilen dies als Einschüchterung der Redefreiheit und priorisieren Ordnung über Rechte, die durch historische Kämpfe wie das Peterloo-Massaker errungen wurden.

In den USA ereigneten sich über 3.000 Verhaftungen bei Campus-Encampments von 2023–2025, wobei Polizei chemische Reizstoffe und Deportationsdrohungen einsetzte. Bundesstaaten wie Florida gleichsetzen Antizionismus mit Antisemitismus, untersuchen Gruppen und verbieten BDS-Beteiligung in Verträgen, was Gesetze gegen akademische Freiheit weaponisiert.

Frankreich hat Kollektive wie Urgence Palestine unter Antiterrorismus-Vorwänden aufgelöst, mit über 500 Festnahmen bei Kundgebungen und neuen Gesetzesentwürfen, die „Terrorismus-Apologie“ oder die Leugnung der Existenz Israels kriminalisieren. Amnesty

kritisiert diese als breite Unterdrückungen, die an die Geschichte des Staates erinnern, Dissens aus der Ära des Algerienkriegs zu unterdrücken.

Die Niederlande haben nach der Gewalt in Amsterdam 2024 vorgeschlagen, Pässe von „antisemitischen“ Personen – oft Code für Gaza-Kritiker – zu entziehen und Gruppen wie Samidoun zu verbieten. Eine neue Taskforce hat zu Protestverboten geführt, was Deutschlands Abgleiten widerspiegelt.

Kanadas Satzungen in Städten wie Toronto beschränken Protestorte, mit Universitäts-Einsätzen und bundesweiten Vorstößen, „extremistische“ Gruppen zu verbieten, was gegen die Charta der Rechte und Freiheiten verstößt. Diese Maßnahmen stellen laut FIDH einen „anhaltenden Angriff“ auf Protestrechte im gesamten Westen dar.

Parallelen der Unterdrückung: Westliche Bürger widerspiegeln das Schicksal der Palästinenser im Westjordanland

Diese innere Unterdrückung behandelt westliche Bürger – insbesondere jene in pro-palästinensischen Bewegungen – zunehmend als innere „Andere“ und unterwirft sie Überwachung, Gewalt und willkürlichen Festnahmen, die den Erfahrungen von Palästinensern im besetzten Westjordanland parallel laufen. Dort haben Siedlergewalt und militärische Übergriffe 2025 dramatisch zugenommen und ein Regime des Terrors geschaffen, das westliche Demonstranten nun in Miniaturform erahnen.

Im Westjordanland begehen israelische Siedler, oft von der Armee unterstützt, Angriffe auf palästinensische Häuser und Ländereien, einschließlich Prügel, Brandstiftung und Landraub, mit Gewalt auf einem Allzeithoch. Der Bericht von Human Rights Watch aus 2025 dokumentiert erzwungene Vertreibungen durch „Gewalt und die Angst vor Gewalt“, wobei die Armee Gemeinschaften mit tödlicher Gewalt vertreibt und Siedlerangriffe nicht verhindert. Willkürliche Verhaftungen an Checkpoints sind Routine: Palästinenser erleben Demütigung, Prügel und unbegrenzte Haft ohne Anklage unter einem dualen Rechtssystem, in dem Siedler Straffreiheit genießen, während Palästinenser Militärgerichten ausgesetzt sind. OCHA-Berichte detaillieren verheerende Razzien, Folter in Gefängnissen und Bewegungseinschränkungen, die das tägliche Leben zerstören, mit über 500 Palästinensern, die 2025 durch Kräfte oder Siedler getötet wurden.

Westliche Bürger, die gegen diese Ungerechtigkeiten protestieren, sehen sich analogen Taktiken ausgesetzt: Polizeicheckpoints bei Demonstrationen führen zu willkürlichen Kontrollen und Durchsuchungen; gewaltfreie Aktivisten ertragen Prügel und chemische Waffen, ähnlich den Siedler-Militär-Kollaborationen. In Deutschland und den USA spiegeln Doxxing und Deportationsdrohungen Vertreibungen im Westjordanland wider, während Verbote von Versammlungen in Großbritannien und Frankreich Landzugangsverweigerungen ähneln. Diese Konvergenz unterstreicht eine globalisierte Unterdrückung: Während Palästinenser dem Siedlerkolonialismus widerstehen, fordern westliche Dissidenten Komplizenschaft daran heraus, nur um auf staatliche Gewalt zu stoßen, die sie als Bedrohung für dieselbe Ordnung behandelt.

Den Kreis schließen: Gazas Enthüllung westlicher Prioritäten und der Zerbrechlichkeit von Rechten

Der Gaza-Konflikt mit seiner verheerenden Bilanz – Zehntausende Tote und weitverbreitete Zerstörung – hat letztlich enthüllt, wie westliche Regierungen und Medien geopolitische Allianzen mit Israel über die Rechte priorisieren, für die ihre Bürger gekämpft haben. Deutschlands *Staatsräson* – seine Doktrin der „Staatsräson“, die die Sicherheit Israels aufgrund der Holocaust-Sühne als nicht verhandelbar rahmt – verkörpert dies und rechtfertigt die Unterdrückung pro-palästinensischer Stimmen als Schutz vor Antisemitismus, auch wenn UN-Experten sie als diskriminierend verurteilen. Ähnliche Dynamiken herrschen anderswo: Die jährliche US-Hilfe von 3,8 Milliarden Dollar an Israel übertrumpft innere Bedenken zur Redefreiheit, während britische und französische Politiken mit NATO- und EU-Positionen zugunsten Israels übereinstimmen.

Medienbias verstärkt dies: Eine Analyse des Media Bias Meter aus 2025 von 54.449 Artikeln fand heraus, dass westliche Medien „Israel“ weitaus sympathischer erwähnen als „Palästina“ und israelische Narrative priorisieren sowie palästinensisches Leid herunterspielen. Studien enthüllen systematische Verzerrungen, wie die passive Rahmung palästinensischer Tode im Vergleich zur Humanisierung israelischer Opfer, was an Priorisierungen westlicher Interessen aus der Ära des Kalten Kriegs erinnert. Während soziale Medien dem mit unverfälschten Gaza-Aufnahmen entgegenwirken, enthüllen die Versäumnisse mainstream-Medien – von Al Jazeera als „Whitewashing“ beschuldigt – Komplizenschaft bei der Aufrechterhaltung der „Illusion“.

Zappas Ziegelmauer tritt hier zutage: Wenn Freiheiten wie Rede, Protest und Boykotte die Unterstützung für Israel herausfordern, gelten sie als „zu teuer“, um sie aufrechtzuerhalten. Gazas Enthüllung erzwingt eine Abrechnung – werden Bürger die Rechte zurückerobern, für die ihre Vorfahren kämpften, oder die Kulissen fallen lassen, um die Permanenz des Autoritarismus zu enthüllen? Die Antwort liegt in erneuertem Kampf, damit die Illusion nicht unwiederbringlich wird.

Referenzen

- Amnesty International. „Germany: Authorities Must End Repression of Palestine Solidarity.“ Amnesty International, October 2025.
- Arab Center Washington DC. „Suppressing Palestine Advocacy in the West: Trends and Countermeasures.“ Arab Center Washington DC, 2025.
- BC Civil Liberties Association. „Municipal Bylaws Restricting Protests in Canadian Cities.“ BCCLA Reports, 2024–2025.
- Canadian Dimension. „Police Crackdowns on University Encampments: A Violation of Fundamental Freedoms.“ Canadian Dimension, May 2025.
- FIDH (International Federation for Human Rights). „Western Democracies’ Sustained Attack on the Right to Protest in Solidarity with Palestine.“ FIDH Report, 2025.
- Human Rights Watch. „United States: Crackdown on Campus Protests.“ Human Rights Watch, 2025.

- Human Rights Watch. "West Bank: Israeli Forces and Settlers Escalate Violence and Forced Displacement." Human Rights Watch Report, 2025.
- International Civil Liberties Monitoring Group. "Systemic Repression of Pro-Palestine Activism in Canada." ICLMG, 2025.
- Media Bias Meter. "Analysis of Western Media Coverage of the Israel-Palestine Conflict, 2023–2025." Media Bias Meter Study, 2025.
- Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR). "UN Experts Alarmed by Persistent Pattern of Police Violence and Suppression of Palestine Solidarity in Germany." OHCHR Statement, October 16, 2025.
- United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA). "West Bank: Protection of Civilians Report." OCHA, 2025.
- Zappa, Frank. Interview quotation widely attributed in collections of his statements on government and freedom, circa 1970s–1980s.